

# BÜNDNIS BERLINER KASSENÄRZTE

---

## Pressemitteilung

### **Berliner Kassenärzte protestieren – Vom 23. bis 30. Juni bleiben viele Arztpraxen geschlossen**

#### **Ärzte fordern: Notwendiger Ausgleich der Unterfinanzierung in der Patientenversorgung muss gesetzlich festgeschrieben werden**

**Berlin, 17. Juni 2008.** Mit Praxisschließungen wollen Berliner Kassenärzte Ende Juni den Druck auf die Politik erhöhen, mehr Geld für die ambulante medizinische Versorgung bereitzustellen. „Wir fordern, dass die Bundesregierung die Krankenkassen per Gesetz verpflichten, das in den vergangenen Jahren entstandene finanzielle Defizit in der Patientenversorgung auszugleichen. Der Politik muss bewusst werden, dass die Ärzte nicht mehr bereit und in der Lage sind, die Krankenkassen zu subventionieren“, erklärte das Bündnis Berliner Kassenärzte am Dienstag im Rahmen einer Pressekonferenz im Vorfeld der geplanten Protestaktionen in der Hauptstadt. Andernfalls könnten die Ärzte nur noch eine „Zuteilungsmedizin“ erbringen, weil sie auf den Behandlungskosten sitzen blieben. Bundesweit beläuft sich der Fehlbetrag in der ambulanten medizinischen Versorgung auf mindestens 4,5 Milliarden Euro.

Das Bündnis Berliner Kassenärzte – ein Zusammenschluss aus haus- und fachärztlichen Berufsverbänden und der Ärzteinitiative Medi Berlin – hat die rund 6.500 niedergelassenen Ärzte der Hauptstadt daher aufgerufen, vom 23. bis 30. Juni ihre Praxen zu schließen. Die Ärzte sind aufgefordert, während dieser Zeit Fortbildungsveranstaltungen zu besuchen und damit ihrer Pflicht zur Fortbildung nachzukommen. Auch der Berliner Landesverband der Kinder- und Jugendärzte empfiehlt seinen Mitgliedern, sich nach Maßgabe der Möglichkeiten an den Protestmaßnahmen zu beteiligen. Um die Öffentlichkeit aufzurütteln, informiert Medi Berlin in dieser Woche im Berliner U-Bahn-Fernsehen über die chronische Unterfinanzierung der ambulanten Medizin.

„Schon jetzt kann das hohe medizinische Versorgungsniveau in der Stadt nur aufrecht erhalten werden, weil die niedergelassenen Ärzte weit mehr als ein Drittel ihrer Leistungen ohne Vergütung erbringen“, begründete der Vorsitzende der Ärzteinitiative Medi Berlin, Dr. Wolfgang Mitlehner, den Protest. Die Mediziner fordern die Aufhebung der Budgetierung ärztlicher Leistungen und eine gesetzliche Verpflichtung der Krankenkassen zur Honorarerhöhung im Interesse einer qualitätsgesicherten Patientenversorgung. Ende Juni soll auf Bundesebene darüber beraten werden, wie die ab 2009 einzuführenden bundesweit einheitlichen Preise für ärztliche Leistungen berechnet werden sollen.

„Viele niedergelassene Ärzte haben aufgrund der seit Jahren andauernden Sparmaßnahmen im Gesundheitsbereich kein Vertrauen mehr in die Politik. Insofern befürchten wir auch, dass die von der Bundesregierung versprochene und beschlossene Honorarreform

wieder nur Veränderungen auf dem Papier, aber nicht wirklich mehr Geld für die ambulante medizinische Versorgung der Patienten bringen wird“, betonte der Sprecher der Gemeinschaft fachärztlicher Berufsverbände, Dr. Albrecht Scheffler. „Die Ärzte sind aber nicht länger bereit, die chronische Unterfinanzierung durch ihre kostenlose Mehrarbeit auszugleichen und dann noch ständig hören zu müssen, sie wären an den steigenden Ausgaben schuld. Dies wollen wir mit unseren Protesten der Politik deutlich machen.“ Allein im letzten Jahr fehlten für die ambulante Versorgung der Berliner Kassenpatienten rund 300 Millionen Euro.

*Für Rückfragen stehen Ihnen die Sprecher des Bündnisses zur Verfügung:*

*Dr. Wolfgang Mitlehner, Medi Berlin, 0172/8525579*

*Dr. Albrecht Scheffler, Gemeinschaft der fachärztlichen Berufsverbände, 0179/3972229*

*Dr. Detlef Bothe, Verband Berliner Hausarztinternisten, 0177/7482910*